TL5519

Evangelischer Pressedienst

epd

Artikeldienst der Zentralredaktion

Dritte Welt und Entwicklung

Umwelt und Neuer Lebensstil

124/85 2. 12. 85

Seit zehn Jahren herrscht Krieg auf Osttimor

Anhaltender Widerstand der Unabhängigkeitsbewegung gegen Indonesien

Von epd-Mitarbeiter Klemens Ludwig

71 Zeilen à 65 Anschläge

Frankfurt (epd). Am 7. Dezember 1975 besetzten indonesische Truppen die portugiesische Kolonie Osttimor. Als die etwa 6.000 indonesischen Soldaten im Morgengrauen mit der Invasion der nördlich von Australien gelegenen Insel begannen, glaubten die Militärs in der Hauptstadt Djakarta an ein kurzes Abenteuer. Doch inzwischen ist daraus ein zehnjähriger, äußerst grausamer Krieg gegen die osttimoresische Unabhängigkeitsbewegung FRETILIN und die Zivilbevölkerung geworden.

Nach Berichten der katholischen Kirche des Landes und auch von Flüchtlingen sind Menschenrechtsverletzungen indonesischer Soldaten, Massaker, öffentliche Folterungen, willkürliche Inhaftierungen und Sippenhaft, Deportationen ganzer Dörfer in Sammellager sowie die systematische Vernichtung der Ernten, an der Tagesordnung. Insgesamt sollen 200.000 Menschen bei einer Gesamtbevölkerung von 700.000 umgekommen sein.

Trotz der schweren Menschenrechtsverletzungen konnte die indonesische Armee keine entscheidenden militärischen Erfolge erringen. Das räumte sogar Verteidigungsminister Benny Murdany kürzlich in einem Interview ein, als er über den Fortgang des

Krieges

Herausgegeben vom Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik e. V. (GEP) - Chefredakteur: Hans Hafenbrack - Verantwortlich für die Redaktion: Ulla Jaenicke - Direktor des GEP: Hans-Wolfgang Heßler - Anschrift: Haus der Evangelischen Publizistik, Friedrichstraße 2-6, 6000 Frankfurt/Main, Telefon (069) Durchwahl 7157151, Fernschreiber: 0412796 - Evang. Kreditgen. Kassel, Frankfurt/Main, Konto 4101200. BLZ 50060500

Krieges erklärte: "Ich sage nicht, ein Ende sei unabsehbar, aber es wird noch einige Zeit dauern." Seitdem hat sich der Widerstand gegen die Besetzung eher noch verstärkt.

Im Mai dieses Jahres gelang es der FRETILIN, nach siebenjähriger Unterbrechung erstmals wieder in direkten Funkkontakt mit Australien zu treten. Dies bedeutet eine entscheidende Verbesserung des Informationsflusses aus Osttimor, denn zuvor dauerte es Monate, bis auf geheimen, vielfach kirchlichen Kanälen Informationen über Osttimor an die westliche Öffentlichkeit gelangten.

Die Funksprüche bestätigen die Berichte der Kirche und der Flüchtlinge. So beschrieb der FRETILIN-Vorsitzende Xanana Gusmao im Juni gegenüber einem australischen Radioreporter die Bedingungen in den Sammellagern: "In 'heißen' Perioden dürfen die Menschen monatelang nicht einmal auf ihre Felder gehen. In einigen Fällen wurden Menschen, die unerlaubt über den Lagerzaun geklettert waren, um Brennholz zu sammeln, geschlagen oder massakriert. In den Gebieten von Baucau und Kelikai ist die Bewegungsfreiheit so stark eingeschränkt, daß monatlich zwischen sechs und zehn Personen an Hunger und Krankheit sterben."

Im Oktober richtete der FRETILIN-Vorsitzende über die Medien einen Appell an den australischen Botschafter in Djakarta, Bill Morrison, der sich auf Einladung der indonesischen Regierung auf einen Besuch in Osttimor vorbereitete. Um sich ein wahres Bild über die Lage zu machen, solle er auch mit der FRETILIN zusammentreffen, forderte Gusmao. Morrison lehnte ab, hatte doch seine Regierung in öffentlichen Stellungnahmen zuletzt "großes Verständnis" für Indonesien gezeigt.

Ungeachtet aller nach außen hin demonstrierten Einigkeit zwischen Australien und Indonesien beginnen handfeste wirtschaftliche Interessen das Verhältnis zwischen beiden Staaten zu trüben. In den Gewässern zwischen Osttimor und Australien, etwa 400 Kilometer vor der australischen Nordküste, haben Geologen Ölvorräte entdeckt, die zwischen 500 Millionen und fünf Milliarden Barrel betragen. Beide Seiten konnten sich bis jetzt nicht über den Verlauf der Seegrenze oder eine mögliche gemeinsame

Förderung

Förderung einigen. Selbst indonesienfreundliche Wirtschaftskreise in der australischen Hauptstadt Canberra räumen ein, die laufenden Verhandlungen seien "alles andere als einfach".

In der Bundesrepublik finden die lange vergessenen Ereignisse in Osttimor vor allem in den Oppositionsparteien inzwischen größere Beachtung. Im Oktober baten 87 Abgeordnete der SPD-Fraktion unter Federführung des ehemaligen Hamburger Bürgermeisters Hans Ulrich Klose sowie 20 Abgeordnete der Grünen unter Federführung von Uschi Eid Veteidigungsminister Manfred Wörner, bei seinem bevorstehenden Besuch in Indonesien für die Einhaltung der Menschenrechte in Osttimor einzutreten. Nach der Reise, Mitte November, erhielten sie ein Schreiben des Ministers, in dem es heißt: "Öffentliche Appelle durch die Bundesregierung könnten jedoch schädlich sein und sind auch nicht im Sinne der Menschen in Osttimor." Klose und Eid waren über diese Antwort enttäuscht, doch sie wollen weiterhin die Öffentlichkeit auf das Schicksal der Insel aufmerksam machen. (epd)

BITTE SCHICKEN SIE UNS BELEGEXEMPLARE!

Der Artikeldienst ist ein Zusatzangebot zum Nachrichtendienst des epd und für dessen Abonnenten kostenlos. Andere Bezieher werden gebeten, abgedruckte Artikel nach ihren Sätzen zu honorieren.